

# Politischer Jahresbericht

## Südosteuropa 2005/2006



### Belgrad

#### Regionalbüro Südosteuropa, Juli 2005-Juli 2006

Dragoslav Dedović

Regionalbüro Südosteuropa der Heinrich-Böll-Stiftung  
Dobračina 43  
11000 Belgrad  
Serbien  
Tel. +381-11-30 33 833  
Fax +381-11-328 5180  
Email: [hbs-bgd@hbs.org.yu](mailto:hbs-bgd@hbs.org.yu)

#### Inhalt

Zusammenfassung.....	2
1. Serbien.....	4
2. Kosovo.....	7
3. Montenegro.....	9
4. Bosnien-Herzegowina.....	10
5. Kroatien.....	13
Ausblick .....	17

## Zusammenfassung

Die beschleunigte politische Dynamik der Region Südosteuropa zeigt sich schon allein in der Tatsache, dass sich innerhalb des Berichtszeitraums aus drei Staaten (Serbien-Montenegro, Bosnien-Herzegowina und Kroatien) vier entwickelt haben - Montenegro trennte sich im Mai 2006 von Serbien. Bereits in einem Jahr könnten es im selben Gebiet sogar fünf Staaten sein, nämlich dann, wenn das Kosovo eine - wie auch immer geartete - Unabhängigkeit erhält.

Auch wenn die EU demnächst mit fünf statt mit drei potentiellen Westbalkan-Mitgliedern getrennte Verhandlungen führen kann, so sind die Ausgangspositionen von Serbien, dem Kosovo, Montenegro, Bosnien-Herzegowina und Kroatien grundlegend verschieden. Gemeinsam ist den Regierungen in der Region, dass sie die Transformationsprozesse auf eine EU-freundliche Verabschiedung der Gesetze reduzieren, deren Anwendung jedoch meistens schleppend vorangeht. Die EU-Perspektive und die mit ihr verbundenen Hoffnungen sind nach wie vor die attraktivsten nichtnationalistischen Ideen in einem Gebiet, wo der ethnische Nationalismus die treibende politische Kraft bleibt.

In Kroatien ist die Zahl der Euro-BefürworterInnen zwar wesentlich höher als zum Zeitpunkt der Verhandlungsvertagung der EU mit Kroatien 2005, sie liegt jedoch laut Umfragen immer noch unter 50%. In Bosnien-Herzegowina bleibt die Frage der EU-Kompatibilität mit der Frage der nichtvollendeten Verfassungsreform in einer ethnisch gespaltenen Gesellschaft verbunden. Der Annäherung Serbiens an die EU steht die unzureichende Kooperation der Regierung in Belgrad mit dem Haager Tribunal im Wege. Die Kosovo-Albaner hoffen auf eine baldige Unabhängigkeit, doch die von der Internationalen Gemeinschaft geforderten Standards, wie z.B. Sicherheit und Minderheitenschutz, sind nicht einmal annähernd erreicht. Die staatliche Unabhängigkeit Montenegros könnte die bereits bestehenden separatistischen Tendenzen in der Nachbarschaft verstärken, etwa in Bosnien-Herzegowina, wo sich solche Ideen in den Äußerungen der bosnisch-serbischen Politiker widerspiegeln.

Die Region ist immer noch ein unsicherer Ort für Minderheiten und Andersdenkende. Im Lauf des letzten Jahres war in Kroatien ein Ansteigen ethnisch motivierter Gewalt vorwiegend auf lokaler Ebene zu verzeichnen: gegen rückkehrende Flüchtlinge meist serbischer Nationalität in einzelnen Landesteilen, aber auch generell gegen Roma und Juden. Nationalistische Rhetorik steht auf der Tagesordnung, wie z.B. im Wahlkampf in Bosnien-Herzegowina oder in der Kosovo-Debatte in Serbien. Ein unwirksames Rechtssystem, langwierige Gerichtsprozesse und die Zahl der ungelösten Fälle bleiben die größten Probleme für die Rechtsstaatlichkeit in der gesamten Region. Der Einfluß der politisierten Kirchen wächst, wodurch die Trennung von Kirche und Staat sowie insbesondere die Selbstbestimmung der Frau unter zunehmenden Druck geraten. Trotz einiger lokaler Erfolge ist im westlichen Balkan noch keine grüne Partei etabliert.

### Serbien

Serbien ist durch den Austritt Montenegros aus dem serbisch-montenegrinischen Staatenbund zur Unabhängigkeit „verdammt“. Doch weder politisch noch institutionell ist Belgrad imstande, diese Tatsache als Chance für einen endgültigen Modernisierungsschub in Richtung Europa zu nutzen. Die mangelnde gesellschaftspolitische Bereitschaft, sich mit der Verantwortung der eigenen politischen Eliten für die postjugoslawischen Kriege und ihre Folgen auseinander zu setzen, wurde deutlich, als Serbiens Regierung erneut ihr Versprechen brach, den wegen Völkermordes in Bosnien-Herzegowina angeklagten General Mladić auszuliefern. Wegen der unzureichenden Kooperation mit dem UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag (International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia, ICTY) setzte Brüssel im Mai 2006 die Verhandlungen mit Belgrad aus.

Die Regierung in Belgrad versuchte in Brüssel durch Überzeugungsarbeit sowie durch die Verabschiedung eines Aktionsplans den Eindruck zu erwecken, sie arbeite ernsthaft daran, ihren Sicherheitsapparat unter Kontrolle zu bekommen und so die Verhaftung Ratko Mladić zu ermöglichen. Ob dies ein Ende der bisherigen Verzögerungstaktik bedeutet, ist ungewiss.

Darüber hinaus fehlt es in Serbien an einem neuen Verfassungsrahmen und nicht zuletzt an der politischen Bereitschaft, die klare europäische Reformlinie des ermordeten Ministerpräsidenten Zoran Djindić fortzusetzen. Stattdessen stützt sich die aktuelle national-konservative Regierung unter der Führung von Vojislav Koštunica (Demokratische Partei Serbiens, DSS) ideologisch auf die orthodoxe Kirche, lässt sich politisch von Miloševićs Sozialisten dulden und vom neoliberal anmutenden Koalitionspartner G17 Plus ökonomisch leiten. Die so entstandene ideologisch-politische

Gemengelage ermöglicht eher eine Restaurierung der rückwärts gewandten nationalistischen Utopien als eine tief greifende Modernisierung. Die Demokratische Partei (DS) unter dem serbischen Präsidenten Boris Tadić übernimmt die Oppositionsführerschaft ungen und unentschlossen. Sie schwankt zwischen der radikal-reformistischen Hinterlassenschaft Zoran Djindjićs und der nationalistischen Übermacht von rechts – mit einigen nationalistischen Thesen hat auch die Demokratische Partei ihren taktischen Frieden geschlossen.

Die Verhandlungen in Wien zwischen dem offiziellen Belgrad und den politischen Vertretern der albanischen Mehrheit im Kosovo sind zwar seit Februar 2006 im Gange, eine Annäherung der Positionen ist jedoch nicht in Sicht. Die serbische Regierung und weite Teile der Opposition akzeptieren alles außer der Unabhängigkeit des Kosovo, während die kosovo-albanische Seite auf der Unabhängigkeit besteht. Das Thema Kosovo rückt immer mehr ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit in Serbien.

Die Krise der serbischen Gesellschaft kann man am deutlichsten anhand zweier Zahlen ablesen:

Rund 40 % der Wähler würden rechts außen wählen, obwohl die an diesem Ende des politischen Spektrums angesiedelte Serbische Radikale Partei (SRS) nach wie vor statt Programmatik lediglich Hassrhetorik anbietet, während ungefähr ebenso viele Bürger erst gar nicht wählen. Die zivilgesellschaftlichen Partner der Heinrich-Böll-Stiftung und die drei diesem Spektrum nahe stehenden kleineren Parteien - Liberal-Demokratische Partei (LDP), Bürgerbund Serbiens (GSS), Sozial-Demokratische Union (SDU) - versuchen alles, um Nichtwähler zum gesellschaftlich-politischen Engagement zu bewegen. Dies ist eine Chance, den drohenden Rechtsruck zu verhindern und die europäische Agenda Serbiens, als vielleicht einzig verbliebene Mobilisierungskraft mit Zukunftspotential im öffentlichen politischen Diskurs, zu unterstützen.

### **Kosovo**

Am 21. Januar 2006 verstarb in Prishtina der Präsident des Kosovo, Ibrahim Rugova, ein der Gewaltfreiheit verpflichteter und international geachteter Politiker.

Die im Februar 2006 begonnenen Wiener Verhandlungen haben im Kosovo alle anderen Themen in den Hintergrund gerückt. Die Internationale Gemeinschaft stellte im Dezember 2003 offiziell acht Standards vor. Das Motto „Standards vor Status“ übt seit Jahren Druck auf die Institutionen des Kosovo aus. Inzwischen ist klar, dass einige der wichtigsten Standards (Herausbildung der demokratischen Institutionen, Menschenrechte, Minderheitenrechte, Rückkehr der Flüchtlinge) nicht vor der endgültigen Klärung des Status des Kosovo vollständig erfüllt werden können. Das wiederum heißt, dass sowohl eine militärische als auch eine zivile Prä-

senz der Internationalen Gemeinschaft nach der Klärung des Status weiterhin nötig sein wird.

Die Internationale Gemeinschaft hat für die Statusverhandlungen klare Richtlinien entwickelt: sie schließt eine Rückkehr zum völkerrechtlichen Status vor 1999 ebenso aus wie eine Teilung des Kosovo oder auch dessen Vereinigung mit anderen Ländern. Die serbischen Vertreter verneinen die Unabhängigkeit des Kosovo, während die Vertreter der Kosovo-Albaner jegliche staatliche Verbindung mit Serbien ablehnen. So bleibt der Spielraum für eventuelle Kompromisse sehr gering.

Wenn auch derzeit der nächste Schritt nicht ganz klar ist, der über nächste müsste für das Kosovo und Serbien gleich sein - die Entwicklung einer klaren Europäischen Perspektive. Hier können die Heinrich-Böll-Stiftung, die Zivilgesellschaft und internationale Akteure ansetzen. Die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Perspektive von Albanern und Serben ist zur Zeit der einzige halbwegs erreichbare Konsensus im Klima des gegenseitigen Misstrauens.

### **Montenegro**

Die Frage, über die die Bürger Montenegros am 21. Mai zu entscheiden hatten, lautete: „Möchten Sie, dass die Republik Montenegro ein unabhängiger Staat mit völliger völkerrechtlicher Subjektivität wird?“ Nach Auszählung aller Stimmen votierten 55,5 % für die Unabhängigkeit, 44,5 % sprachen sich dagegen aus. Die Wahlbeteiligung betrug 86,5 %. Das bedeutet, dass die mit Brüssel vereinbarte 55-Prozent-Hürde, die zur Erlangung der Unabhängigkeit Montenegros festgesetzt wurde, knapp überschritten wurde. Der montenegrinische Regierungschef Milo Djukanović, der in den 90ern während der Balkankriege erst gemeinsame Sache mit Slobodan Milošević gegen die sich abspaltenden jugoslawischen Republiken machte, sich aber ab 1997 die Unabhängigkeit Montenegros auf seine Fahne schrieb, erklärte, dass Montenegro das Zuhause aller in der Republik lebenden Menschen sei. Die tiefe Spaltung der montenegrinischen Gesellschaft wird trotzdem auch im unabhängigen Montenegro ein Problem bleiben. Der jüngste europäische Staat hofft auf eine schnelle Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der EU, doch die Demokratiedefizite und eine traditionell- autoritäre Clanstruktur auf fast allen Ebenen der Macht werden Montenegros Annäherung an die EU zusätzlich erschweren.

### **Bosnien-Herzegowina**

Bosnien-Herzegowina bleibt nach wie vor ein fragiles Land, in dem jede regionale Machtverschiebung am deutlichsten spürbar ist. Kaum hatte sich Montenegro von Serbien getrennt, erklärte Milorad Dodik, Regierungspräsident der Republika Srpska (RS), dass ein Referendum zur Unabhängigkeit der RS von Bosnien-Herzegowina denkbar sei. Zwar ermahnte ihn der seit Februar in

Sarajevo residierende, deutsche Hohe UN-Repräsentant, Christian Schwarz-Schilling, einem solchen Vorhaben fehle jegliche rechtliche und politische Grundlage, doch Dodiks Äußerung brachte in die bosnisch-herzegowinische Öffentlichkeit einen Hauch der Vorkriegsrhetorik zurück und erinnerte an die Tatsache, dass der multiethnische Konsensus im Lande immer noch von außen herbeigeführt werden muss. Im Hinblick auf Schwarz-Schillings Antrittsversprechen, er werde der letzte Hohe Repräsentant in Bosnien-Herzegowina sein und die Internationale Gemeinschaft plane durch die Transformation seines Büros in ein EU-Büro das Land bereits im nächsten Sommer in eine Art bedingte Selbstständigkeit zu entlassen, ist zu sagen, dass dieses Vorhaben ein hohes Risiko für die gesellschaftspolitische Entwicklung in Bosnien-Herzegowina mit sich birgt.

Das Land hat immer noch mit den Kriegsfolgen zu kämpfen: die Daytoner Verfassungsordnung brachte vor allem eine Legalisierung, Normalisierung und schließlich Institutionalisierung der langjährigen ethnischen Teilung des Landes mit sich. Selbst als die nationalistisch geprägte politische Klasse in Bosnien-Herzegowina im Mai 2006 zum ersten Mal in der Nachkriegszeit bereit war, unter amerikanischem Druck einer Verfassungsänderung zuzustimmen, fehlten im Parlament zwei Stimmen für die nötige Zweidrittel Mehrheit. Wegen der Blockadepolitik der politischen Führung der Republika Srpska geriet der EU-Integrationsprozess zusätzlich ins Stocken.

### **Kroatien**

Die Regierung unter Ministerpräsident Sanader nimmt eine entschieden pro-europäische Haltung an. Doch Kroatien hat mit Schwierigkeiten anderer Art zu kämpfen, denn die rasche EU-Annäherung verdeckt einige gesellschaftliche Missstände, wie z.B. die zögerliche Umsetzung der verabschiedeten Gesetze, die Ineffizienz des Justizapparats, die schleppende Integration der rückkehrenden Flüchtlinge oder die Vernachlässigung des Umweltschutzes.

Nachdem die Chefanklägerin des Haager Tribunals, Carla Del Ponte, im vergangenen Herbst festgestellt hat, dass Kroatien uneingeschränkt mit dem Tribunal zusammenarbeite, wurden die vorher vertagten Beitrittsverhandlungen am 4. Oktober 2005 wieder aufgenommen. Am 8. Dezember 2005 konnte der bis dahin flüchtige kroatische General Ante Gotovina, gesucht wegen im August 1995 im Zusammenhang mit der Militäroperation „Oluja“ begangener Kriegsverbrechen, auf Teneriffa verhaftet und nach Den Haag ausgeliefert werden. Einer EU-Mitgliedschaft Kroatiens scheint nichts mehr im Weg zu stehen. Doch die Umsetzung der rasch verabschiedeten EU-kompatiblen Gesetze ist nach wie vor problematisch – hier besteht die Gefahr, dass die pro-europäischen Regierung eventuelle Umsetzungsprobleme unterschätzt oder kleinredet.

Eine zivilgesellschaftliche, kritische Begleitung des Integrationsprozesses ist auch weiterhin dringend geboten.

## **1. Serbien**

Die politischen Eliten in Serbien haben immer noch keine klare Antwort auf die staatliche Statusfrage, die Territorialfrage und die Frage der Bildung eines modernen Staates. Ebenso bleibt die Frage nach der nationalen Identität, nach einer neuen Verfassung - und damit nach der europäischen Zukunft Serbiens - unbeantwortet. Diese grundsätzlichen politischen Probleme muss Serbien in einem sehr engen Zeitrahmen und unter ausgesprochen ungünstigen internationalen Rahmenbedingungen lösen. Die Vorbelastung durch das diktatorische Erbe Miloševićs wurde anlässlich seiner Beerdigung im Frühjahr 2006 wieder deutlich.

### **Europäische Integration im Schatten der Vergangenheit**

Die Serbische Regierung hat wiederholt ihr Versprechen gebrochen und sechs vom Haager Tribunal gesuchte, mutmaßliche Kriegsverbrecher, allen voran General Mladić, nicht fristgerecht verhaftet. Die darauffolgende Entscheidung der EU, die Gespräche über ein Assoziierungsabkommen am 3.5.2006 auszusetzen, veranlasste Ljubomir Labus, den Vize-Regierungschef Serbiens, der die Verhandlungen mit Brüssel leitete, dazu, zurückzutreten. Er gab später an, man Mladić habe überall gesucht, nur nicht dort wo er sei.

Wenn die Vermutungen richtig sind, dass Premierminister Koštunica über Mittel verfügt, Mladić relativ schnell zu orten und zu verhaften, dann ist sein Zögern innenpolitisch motiviert. Seine Minderheitsregierung wird von den Sozialisten gestützt, deren Vorsitzender bis vor kurzem Slobodan Milošević hieß. Die stärkste oppositionelle Partei in Serbien ist die ultranationalistische Serbische Radikale Partei, die die Modernisierungs- und Kriegsverlierer Serbiens versammelt. Sie macht keinen Hehl daraus, dass Mladić und Karadžić ihre Helden sind. Stimmt die genannte Vermutung nicht, so würde dies bedeuten, dass sich sensible Sicherheitsbereiche im staatlichen Apparat außerhalb der demokratischen Kontrolle befinden.

Koštunica versucht seit Jahren, weder Brüssel noch die nationalistischen Geister in Serbien zu verprellen. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierung ist groß. Auch der Applaus der Nationalisten fällt nur mäßig aus, denn sie verdächtigen Koštunica, dass er ihre Helden vielleicht doch noch ausliefern könnte.

Noch deutlicher wird die ambivalente Haltung zur internationalen Justiz am Beispiel eines Urteils, dessen politische Auswirkungen in Serbien nicht zu unterschätzen sind, obwohl es sich um eine bosnisch-herzegowinische Kriegsangelegenheit handelt:

So verurteilte das UN-Kriegsverbrechertribunal Ende Juni 2006 den ehemaligen Kommandeur der bosnischen Milizen in Srebrenica, Naser Orić, lediglich zu einer zweijährigen Haftstrafe und setzte ihn, weil die Strafe durch die Untersuchungshaft bereits abgegolten war, auf freien Fuß. Wenngleich das Gericht es als unbestritten ansah, dass die bewaffneten Srebrenica-Verteidiger Gräueltaten wie Mord und Folter an Serben begangen, deren Ortschaften zerstört und deren Eigentum geplündert hatten, sahen die Richter die gegen Orić erhobene Anklage wegen Mordes, grausamer Behandlung und Zerstörung, nur zu einem kleinen Teil als bewiesen an.

In Serbien schlachteten nationalistische Kreise das Orić-Urteil in den Medien als willkommene Argumentationshilfe aus. So diente die vermeintlich milde Bestrafung der Täter, wenn es sich um an Serben begangenen Verbrechen handelt, dazu, die eigenen Kriegsverbrechen zu relativieren oder gar vollständig zu leugnen.

Am elften Jahrestag des Srebrenica-Massakers an Muslimen (11. Juli 2006) versuchten AktivistInnen der mit der Heinrich-Böll-Stiftung kooperierenden Nichtregierungsorganisation „Jugendinitiative“ in der südserbischen Stadt Niš öffentlich mit einem Graffiti an Srebrenica zu erinnern: „Ratko Mladić - wegen Genozid gesucht“. Einige der AktivistInnen wurden verhaftet und erst nach mehrstündigem Verhör wieder freigelassen. Die Vergangenheitsbewältigung bleibt in Serbien offensichtlich ein schwieriges Unterfangen.

### **Die Auflösung des Staatsverbundes Serbien-Montenegro**

Die Unabhängigkeit Montenegros und die Eröffnung der Verhandlungen über den künftigen (bedingt unabhängigen) Status des Kosovo haben die staatliche Statusfrage Serbiens endgültig verschärft.

Das Ergebnis des Referendums über die Unabhängigkeit Montenegros und die Auflösung der Staatengemeinschaft Serbien-Montenegros trafen Serbien unvorbereitet.

Der Staatenbund Serbien und Montenegro war als Teil eines internationalen Vertrags (Charta) zwischen den politischen Führungen Serbiens und Montenegros und unter dem Druck der Europäischen Union im Februar 2003 zustande gekommen. Der Staatenbund war von Anfang an schwach, mit wenigen zentralen Funktionen. Die beiden Republiken hatten verschiedene Währungen, Zollsysteme und Zölle. Die Entscheidung der EU, einen zweigleisigen Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess im Bezug auf die beiden Mitgliedsstaaten zu akzeptieren, schwächte die integrative Funktion der Union zusätzlich.

Die Charta räumte den Mitgliedsstaaten das Recht ein, nach drei Jahren ein Referendum über den Rücktritt aus der Gemeinschaft durchzuführen. Die politischen Strategien der regierenden Blöcke

in Serbien-Montenegro bezüglich der Zukunft der Union waren völlig gegensätzlich: der Souveränitätsstrategie des regierenden Blockes in Montenegro stellte sich Serbiens Regierung mit einer Strategie zur Erhaltung des gemeinsamen Staates entgegen. Montenegro war in dieser Frage tief gespalten. Der politische Kampf der Souveränitätsanhänger und der Unionisten prägte die politische Dynamik der montenegrinischen Gesellschaft. Die Serbische Orthodoxe Kirche unterstützte die politische Position der Unionisten.

Die Europäische Union spielte bei den Verhandlungen über die Prozedur des Referendums einschließlich des Zensus von 55% eine große Rolle. Bei dem am 21. Mai durchgeführten Referendum obsiegte die Souveränitätsstrategie mit 55,5% der Stimmen. Mittlerweile ist Montenegro auch von Belgrad als unabhängiger Staat anerkannt. Auch wenn die Zeit nach dem Referendum ein großes Potential für Instabilität birgt, so sind doch keine ernsthaften politischen Konflikte in Montenegro zu erwarten.

In Serbien existiert noch immer Potential für das Aufleben negativer Ressentiments gegenüber Montenegro. Eine Anerkennung Montenegros seitens Serbiens, gemäßigte politische Botschaften und ein Besuch des serbischen Präsidenten Boris Tadić in Montenegro trugen zu einer politischen Normalisierung der Beziehungen bei.

### **Kosovo-Verhandlungen und politische Radikalisierung**

Die Verhandlungen über den Status des Kosovo üben einen starken Einfluss auf die innere politische Dynamik in Serbien aus. Der serbische Regierungschef Koštunica lässt keine Gelegenheit aus, seine Ablehnung der Unabhängigkeit des Kosovo zu betonen. Am 28. Juni 2006 (St. Veit Tag, serbisch Vidovdan, Jahrestag der Schlacht auf dem Amselfeld von 1389,) äusserte er im serbisch-orthodoxen Kloster Gračanica im Kosovo: das Kosovo sei immer ein Teil Serbiens gewesen und werde immer ein Teil Serbiens bleiben, sagte er. Einige Tage später (am 13.07.) war seine Formulierung vor der Generalversammlung der UN in New York etwas moderater, die Botschaft blieb jedoch gleich.

Das Beharren auf der Wahrung der territorialen Souveränität stützt sich auf Argumente des Völkerrechts. Die offizielle Belgrader Verhandlungsposition schlägt eine ethnisch definierte Selbstverwaltung (Dezentralisierung als Idee, in der die territoriale Teilung des Kosovo immer noch mitschwingt) und die formelle Anerkennung der politischen Souveränität der kosovarischen Gesellschaft vor. Diese Position ist im internationalen Umfeld isoliert. Im Kern weicht sie wenig von der Position der radikalen Plattform der serbischen Nationalisten und Miloševićs Anhängern ab. Das trägt zur politischen Radikalisierung in Serbien bei, was zu einer Übermacht

des radikalen Blocks (SRS, SPS) bei den kommenden Parlamentswahlen führen könnte.

Den breiten nationalistischen Konsens in der Kosovo-Frage stören nur wenige Politiker, wie z.B. Serbiens früherer Vize-Regierungschef und heutiger Oppositioneller, Čedomir Jovanović. Er hat die völkerrechtliche Anerkennung des Kosovo im April 2006 gefordert. Serbien könne und solle das Kosovo nicht mehr regieren, sagte er in Belgrad.

Die politische Radikalisierung in Serbien rührt nicht nur nicht von der potentiellen Unabhängigkeit des Kosovo, sondern auch von der zunehmend um sich greifenden sozialen Demagogie und der Unfähigkeit des pro-demokratischen Blocks, ein politisches Programm für die Zukunft Serbiens zu schaffen. Untersuchungen des CeSID (Zentrum für freie Wahlen und Demokratie, [www.cesid.org](http://www.cesid.org)) ergaben, dass sich die politische Unterstützung für die Serbische Radikale Partei der 40% Grenze nähert, während der Anteil der Wahlabsinenten 60% erreicht hat. Diesen Untersuchungen nach hat der demokratische Block innerhalb eines Jahres mehr als 150.000 Wählerstimmen verloren, die Demokratische Partei nach dem Austritt aus dem Parlament im Oktober 2005 fast die Hälfte der WählerInnen. Die Protesthaltung dieser Partei entstand aus der Erkenntnis, dass die Regierung durch die Verteilung der Posten einige Mitglieder der Fraktion der Demokratischen Partei abgeworben hat, was gegen die geltenden Gesetze verstößt. Auch mittelfristig gesehen war dieser Rückzug ein politischer Fehler.

Die Verarmung der Gesellschaft ist ein weiterer Grund für den Aufstieg der Serbischen Radikalen Partei. Von der Gesamtzahl der Befragten, die sich als Verlierer der Transition sehen, reihen sich 63% in Wahlabsinente ein, 28% würden ihre Stimme den sozialnationalen Parteien geben und 23% würden bei den Wahlen für die Radikalen stimmen. Die Möglichkeit, dass die Serbische Radikale Partei die kommenden Parlamentswahlen gewinnen und eine Parlamentsmehrheit mit der Serbischen Sozialistischen Partei bilden könnte, wirft die Frage nach der Gefahr einer politischen Restauration in Serbien auf. Dies wäre nur mit der Unterstützung der Serbischen Demokratischen Partei (DSS) möglich. Sie ist tief gespalten in einen radikalen und einen demokratischen Flügel und teilt außerdem bezüglich ihrer ideologischen Grundlagen die Standpunkte der Sozialisten und der Radikalen Partei. Das ideologische Parteiblatt des regierenden Parteienblocks, „Neuer serbischer politischer Gedanke“, verteidigt die Idee der politischen „Normalisierung“ der Serbischen Radikalen Partei. Dies geschieht durch Versuche, eine nationalistische Antwort auf die Frage des state- und nation building zu finden. Darüber hinaus hat eine bestimmte Form des wirtschaftlichen Protektionismus in diesen politischen Kreisen Hochkonjunktur. Das bedeutet eine stärkere wirtschaftliche Rolle des

Staates und eine selektive Zusammenarbeit mit ausländischem Kapital. Außenpolitisch stützt sich diese Option auf Russland. Trotz dieses gemeinsamen Nenners des regierenden Blocks und der nationalistischen Opposition sind die Chancen für eine politische Koalition eher gering. Es stellt sich die Frage nach einer pro-europäischen Alternative. Die Demokratische Partei übt trotz selbstverschuldeter Marginalisierung und der zeitweiligen Annäherung an das konservative Zentrum die stärkste Anziehungskraft auf pro-europäisch orientierte BürgerInnen aus.

In einer solchen politischen Konstellation könnte sich bei den nächsten Wahlen um die Liberal-Demokratische Partei (LDP), geführt von Čeda Jovanović, einem engen Mitarbeiter Djindjićs, ein politischer Block bilden (Bürgerbund Serbiens GSS, Sozialdemokratische Union SDU und einige andere Gruppierungen sowie einige Minderheitenparteien).

Vor der Parteigründung am 5.11.2005 existierte die LDP als liberale Fraktion innerhalb der Demokratischen Partei (DS). Der Parteivorsitzende der DS und der aktuelle Präsident Serbiens Boris Tadić bewirkte den Parteiausschluss Jovanovićs wegen seiner scharfen Kritik an der Parteispitze.

Ihrem Wählerpotential nach nähert sich die neugegründete Partei der 5-Prozent-Hürde. Ein wichtiges Merkmal dieser Gruppierung, die bereits bei den letzten Wahlen eine Koalition bildete, ist die enge Verbindung mit dem politisierten Teil der Zivilgesellschaft. Parteien dieses Blocks übernehmen verstärkt die Rhetorik der Zivilgesellschaft. Andererseits ist das größte Problem dieser Gruppierung das Fehlen jeglicher Kommunikation mit anderen Parteien des demokratischen Blocks. Die Zusammenarbeit der Demokratischen Partei mit der Koalition der kleineren liberalen Parteien würde auch den AkteurInnen der Zivilgesellschaft eine stärkere Basis im politischen Raum sichern und ihren begrenzten Einfluss erweitern.

### **Blockiertes Verfassungsverfahren**

Fünf Jahre nach dem Sturz Miloševićs funktioniert Serbien immer noch als unvollendeter Staat. Die Unabhängigkeit Montenegros und die Eröffnung der Verhandlungen über den Status des Kosovo verschärfen die Verfassungsfrage. Im Hinblick auf die politische Kräfteverteilung wird es sehr schwer sein, einen Konsens in dieser Frage zu erreichen. Das größte Problem im politischen Feld ist die dominante Rolle der Serbischen Radikalen Partei. Sie ist der wichtigste Verfechter der Restaurierung. Im Unterschied zu einigen anderen anfänglich nationalistisch-extremistischen Parteien (HDZ in Kroatien, SDA in Bosnien-Herzegowina, VMRO in Mazedonien u.ä.) kann man nicht von einer „Normalisierung“ der Serbischen Radikalen Partei sprechen.

In Serbien bleiben fast alle Schlüsselfragen offen: der Charakter des Staates (National- oder BürgerInnenstaat), die horizontale Regierungsorganisation (Präsidentialismus oder Parlamentarismus), die territoriale Regierungsorganisation (Föderalismus oder Zentralismus) sowie das Verfahren der Verfassungsgebung (Verfassungsgebende Volksversammlung oder die bestehende Regelung - Zweidrittelmehrheit im Parlament und ein Referendum).

Hinzu kommt das geringe Vertrauen der BürgerInnen in die wichtigsten staatlichen Institutionen. Laut Untersuchungen des CeSID haben nur 12,8% der Befragten Vertrauen in ihre Regierung (im Jahr 2002 waren es 44%, im Jahr 2003 29%). Dem Parlament vertrauen nur 7,3% der Befragten. Das größte Vertrauen genießt der serbische Präsident Boris Tadić mit 18,9%.

Der Prozess der demokratischen Konsolidierung Serbiens ist sehr kompliziert. Die Herausbildung einer demokratischen politischen Kultur und die Gewährleistung eines Mindestmaßes an innerer Sicherheit gehen nur sehr langsam und mit großem Widerstand voran, ebenso die Konsolidierung des Rechtsstaates. Es existieren deutlich erkennbare Verbindungen zwischen Politik, organisierter Kriminalität und dem Staat. Die Korruption bleibt auch weiterhin einer der zerstörerischsten Faktoren in der Gesellschaft. Offene verbale Gewaltandrohung gegenüber den Meinungsführern der politisierten Zivilgesellschaft, ist immer noch an der Tagesordnung. Der Raum für zivilgesellschaftliches Handeln wird somit bedeutend kleiner. Gleichzeitig wird der Einfluss extremistischer und religiös-fundamentalistischer Organisationen („Obraz“ - Ehre, Justizianer usw.) immer deutlicher.

### **Sozioökonomische Entwicklung**

Die allgemeinen Indikatoren für die sozialwirtschaftliche Entwicklung in Serbien sind sehr ungünstig. Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes liegt bei 6%, die Arbeitslosenrate bei 20,8% (offiziellen Angaben zufolge sind 930.000 Menschen in Serbien arbeitslos), die jährliche Inflationsrate beträgt 17,7%. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen bleibt niedrig (2.900 USD) und etwa 10 % der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze. Als positive Parameter sind das Wachstum der realen Profite (5,8%) und ein starker Anstieg der realen direkten Investitionen zu bewerten. Die Beschleunigung des Privatisierungsprozesses, die relative makroökonomische Stabilisierung und das Wiederaufleben des Bankensystems führten zu einer gemäßigten wirtschaftlichen Erholung des privaten Sektors. Ungelöste Statusfragen und politische Instabilität verhindern aber den verstärkten Zustrom fremden Kapitals.

## **2. Kosovo**

### **Politische Konstellation nach dem Tod Ibrahim Rugovas**

Mit dem Tod Ibrahim Rugovas am 21. Januar 2006 verlor das Kosovo einen der Gewaltfreiheit verpflichteten und international geachteten Politiker. Bei den Verhandlungen in Wien hätte er für die Kosovo-Albaner Verhandlungsführer sein sollen. Wenige Tage vor dem geplanten Beginn der Gespräche jedoch starb Rugova in Priština. Seine Autorität war im Kosovo weithin anerkannt.

Rugovas Demokratische Liga des Kosovo (LDK) bleibt mit etwa 47 % der Stimmen die stärkste Kraft im Kosovo. 2004 lehnte Rugova eine Fortsetzung der Koalition mit der Demokratischen Partei des Kosovo (PDK) ab und schmiedete ein Regierungsbündnis mit der kleinen Allianz für die Zukunft Kosovo (AAK), die den Ministerpräsidenten stellte. Diese politische Konstellation blieb auch nach dem Tod Rugovas bestehen.

Der ehemalige Kommandeur der Kosovo-Befreiungsarmee (UCK), Agim Ceku, ist seit März dieses Jahres neuer Regierungschef des Kosovo. Die Neuwahl war notwendig geworden, weil der bisherige Premierminister Bajram Kosumi sein Amt niederlegte. Hintergrund des Rücktritts waren monatelange Streitigkeiten in der Regierungskoalition über die Besetzung der Justiz- und Innenministerien des Kosovo, die vorher der Internationalen Gemeinschaft unterstanden. Vor einigen Monaten hat Cekus Regierung die umstrittenen Ministerien übernommen.

Ceku ist gebürtiger Kosovo-Albaner; er studierte in Belgrad an der Militärakademie und diente als Artillerie-Hauptmann in der jugoslawischen Armee. Während der Auflösung Jugoslawiens 1991 lief er auf die Seite der neu gegründeten kroatischen Armee über, deren Ziel, die Sezession, er unterstützte. Wegen seiner Verdienste im Kampf gegen die Serben wurde er in Bosnien-Herzegowina und in Kroatien neunmal ausgezeichnet. Die politische Führung in Serbien-Montenegro kritisierte die Nominierung von Agim Ceku als eine Stärkung der radikalen Kräfte im Kosovo. Doch ausgerechnet Ceku hielt im Kosovo-Parlament als erster albanischer Politiker nach dem Krieg in serbischer Sprache eine versöhnliche Rede.

### **Die ungelöste Frage des völkerrechtlichen Status**

Die ungelöste Frage des völkerrechtlichen Status der Provinz prägt den schwierigen gesellschaftspolitischen Status quo im Kosovo.

Allein die Tatsache, dass sich Serben und Kosovo-Albaner an einen Tisch setzten, sei bereits ein Ergebnis, sagte im Februar 2006 der serbische Delegationsschef Slobodan Samardžić. Dasselbe kann man über die Gespräche zwischen den Spitzenpolitikern Serbiens und des Kosovo, am 25 Juli 2006, sagen: dass der serbische und der kosovo-albanische Ministerpräsident zum ersten Mal seit 1999 kurz zusammen an einem Tisch gesessen haben, dürfte vielleicht

das greifbarste Ergebnis der bisherigen Verhandlungen hinter verschlossenen Türen im Wiener Palais Kinsky bleiben. Die Verhandlungen zeichneten sich vor allem aus durch ein großes gegenseitiges Misstrauen der Verhandlungsführer, durch große Unterschiede in den Ausgangspositionen (Unabhängigkeit versus eine breite Autonomie im Rahmen der Grenzen Serbiens) und durch minimale Ergebnisse.

Bevor die oberste politische Liga an den Tisch gebeten wurde, verhandelten die achtköpfigen Delegationen von Serben und Kosovo-Albanern bereits sieben Mal in Wien einige offene Fragen, die Statusfrage dabei jedoch ausgeklammert. Die Verhandlungen werden sich vermutlich mindestens bis zum Jahresende hinziehen. Die albanisch stämmige Bevölkerungsmehrheit fordert die Unabhängigkeit der Provinz. Die serbische Regierung lehnt dies entschieden ab. Da sie die Provinz als Wiege serbischer Kultur und Geschichte sieht, ist sie höchstens zu einer weitgehenden Autonomie bereit. Das Kosovo gehört völkerrechtlich bis heute zu Serbien, steht aber seit 1999 unter UN-Verwaltung.

Wegen der großen Differenzen verfolgt der UN-Sondergesandte Martti Ahtisaari eine Strategie der kleinen Schritte. Beide Verhandlungsseiten haben sich von den einfacheren zu den komplexeren Fragen vorgearbeitet. Deshalb ging es zunächst um Dezentrierungsfragen in den Bereichen Gesundheit, Erziehung, Soziales und Kultur, danach standen Polizei, Justiz und Verwaltung auf der Tagesordnung. Die Leitung der Gespräche obliegt Ahtisaaris Vertreter, dem Österreicher Albert Rohan.

### **Standards**

Nachdem die Internationale Gemeinschaft Ende 2003 acht Standards unter dem Motto „Standards vor Status“ vorgestellt hat, wuchs der Druck auf die Institutionen des Kosovo kontinuierlich. Inzwischen ist klar, dass nicht alle Standards vor der endgültigen Klärung des Status erreicht werden können.

Die Standards haben mit Menschen- und Minderheitsrechten zu tun, wie Sicherheit und Bewegungsfreiheit für alle Bürger, Rückkehr aller Flüchtlinge, Klärung des Eigentumsrechts und der Dialog zwischen Prishtina und Belgrad. An erster Stelle jedoch steht die Bildung der demokratischen Institutionen.

Im Kosovo gibt es eine so genannte „positive Diskriminierung“, das heißt, die Minderheiten haben schon vor den Wahlen 20 sichere Mandate – zehn davon die Serben. Jedoch geht mit der formellen Anerkennung nicht automatisch eine Verbesserung der Lage der Minderheiten einher. Der Prozess der Bildung funktionierender demokratischer Institutionen wird noch mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Die Rechtsstaatlichkeit im Kosovo ist zwar formell durch eine parlamentarische Verabschiedung der nötigen Gesetze gewährleistet, sie sind jedoch in einigen Bereichen

kaum umzusetzen: Bewegungsfreiheit, Sicherheit und Menschenrechte für alle Bürger können insgesamt kaum garantiert werden.

Alle Standards werden bis Ende des Jahres nicht erfüllt werden können. Die Kontakt-Gruppe hat erst kürzlich eine Liste mit 13 Prioritäten vorgelegt, die zu erfüllen sind. Dazu gehören der Wiederaufbau der während der Märzunruhen zerstörten Häuser, die Lösung der Eigentumsfragen von Kosovo-Serben; der Transport serbischer Schulkinder, die Verabschiedung von Gesetzen zu Minderheitensprachen, Kulturerbe und Religionsfreiheit sowie die Zahlung des Beitrags, den die Kosovo Regierung für die Rückkehr der Flüchtlingen versprochen hat.

Die UNMIK-Vertreter schätzen die Anzahl der zurückgekehrten Serben wesentlich höher als das offizielle Belgrad. Die Rückkehr aller Flüchtlinge bleibt ein Wunschgedanke, obwohl die Vertreter von Kosovo und Serbien ein Protokoll über die Rückkehr der Serben unterschrieben haben.

Die Anzahl der Fälle ethnisch motivierter Gewalt ist aber zurückgegangen und der ehemalige Chef der UNMIK, Sören Jessen Petersen ließ in seinem letzten Bericht vor dem UNO-Sicherheitsrat verlauten, die Sicherheitslage im Kosovo habe sich verbessert. Trotzdem: Serben und Albaner leben nicht miteinander sondern nebeneinander und oft auch gegeneinander. Die Probleme der Minderheiten sind immer noch als gravierend zu bezeichnen, häufig werden sie politisch instrumentalisiert. Die Kosovo-Serben boykottieren die Kosovo-Institutionen, ihre ablehnende Haltung wird von Belgrad mitinspiert und geleitet.

### **Wirtschaftslage**

Das Bruttoinlandsprodukt des Kosovo betrug 2005 ca. 2,3 Milliarden Euro. Laut einer im Januar 2005 veröffentlichten Studie der Europäischen Kommission belief sich das durchschnittliche Jahreseinkommen auf nur 900 Euro, die Provinz bleibt demnach das Schlusslicht in der Region (zum Vergleich: Bosnien-Herzegowina fast 1.400 Euro, Serbien und Montenegro rund 2.000 Euro, Kroatien mehr als 5.400 Euro pro Kopf). Laut offizieller Daten hat das Kosovo mit 57 % die höchste Arbeitslosenquote in Europa. Diese Daten haben offiziellen Charakter, was bedeutet, dass sie die „Schattenwirtschaft“ - eine der Hauptlebensgrundlagen für die Menschen im Kosovo - nicht umfassen. Diese „Schattenwirtschaft“ schafft ihrerseits gute Bedingungen für die organisierte Kriminalität.

Nach der Klärung der Statusfrage wird sich die UNMIK früher oder später aus dem Kosovo zurückziehen. Seit 1999 sind durch die UNMIK rund 2,6 Milliarden Euro ins Kosovo geflossen. Die Experten haben errechnet, dass das Bruttosozialprodukt künftig ohne UNMIK um sieben Prozent geringer ausfallen wird. Die Prognose bleibt etwas positiver, falls ein Teil der Internationalen Administ-

ration im Kosovo bleibt (-3,5 Prozent). Das ausländische Kapital bleibt fern, obwohl die kosovarische Treuhand-Anstalt eine Liste mit rund 500 Unternehmen aufgestellt hat, die privatisiert werden sollen.

### 3. Montenegro

Vor dem Referendum hatten Serbien und Montenegro bereits unterschiedliche Währungen: Montenegro den Euro, Serbien den Dinar. Auch Polizei, Zollverwaltung, Wirtschafts- und Staatsverwaltung waren getrennt. So machte die Regierung des Ministerpräsidenten Milo Djukanović von ihrem vor drei Jahren unter der EU-Vermittlung mit Belgrad vereinbarten Recht Gebrauch, ein Unabhängigkeitsreferendum abzuhalten.

#### Unabhängigkeitsreferendum

Die Frage, die die Bürger Montenegros am 21. Mai 2006 zu entscheiden hatten, lautete: „Möchten Sie, dass die Republik Montenegro ein unabhängiger Staat mit völliger völkerrechtlicher Subjektivität wird?“ Nach Auszählung aller Stimmen votierten für die Unabhängigkeit 55,5 %, 44,5 % waren dagegen. Die Wahlbeteiligung betrug 86,5 %. So wurde die mit Brüssel vereinbarte 55-Prozent-Hürde, die als Bedingung für die Erlangung der Unabhängigkeit festgesetzt worden war, knapp überschritten. Der montenegrinische Regierungschef und zugleich unumstrittener Chef der Demokratischen Partei der Sozialisten (DPS) Milo Djukanović, der in den 90ern während der Balkankriege erst gemeinsame Sache mit Slobodan Milošević gegen die sich abspaltenden jugoslawischen Republiken gemacht hatte, sich aber ab 1997 die Unabhängigkeit Montenegros auf seine Fahne schrieb, erklärte, dass Montenegro das Zuhause aller in der Republik lebenden Menschen sei. Führende Politiker der Sozialistischen Volkspartei (SNP), die sich für die Beibehaltung des Staatsbündnisses mit Serbien aussprach, stellten anfänglich die Referendumsergebnisse in Frage, anerkannten jedoch schließlich den Sieg der Befürworter der Unabhängigkeit.

Die tiefe Spaltung der montenegrinischen Gesellschaft wird jedoch auch im unabhängigen Montenegro ein Problem bleiben. Der derzeit jüngste europäische Staat hofft auf eine schnelle Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der EU.

Milo Djukanović geht aus dem Referendum gestärkt hervor und seine Kritiker, die ihm seit Jahren eine autoritäre Führung und kriminelle Machenschaften im montenegrinisch-italienischen Zigaretten- und Schmuggel vorwerfen, werden es künftig nicht leicht haben.

Was die EU-Ambitionen Montenegros betrifft, gibt sich Djukanović optimistisch. Ohne Belgrad werde sich Podgorica viel

schneller in Richtung EU bewegen, so seine Logik. Diese Sichtweise entspricht auch dem rationellen Kern der montenegrinischen Unabhängigkeitsbewegung. Seit Jahren wollen die Befürworter der Unabhängigkeit die - wegen des umstrittenen Verhältnisses zum Haager Tribunal - kompromittierende Nähe zu Belgrad gegen die lukrativere und zukunftsreichere Nähe zu Brüssel eintauschen. Ob sich die Strategie für Djukanović gelohnt hat, wird sich bald zeigen, denn schon im September 2006 finden in Montenegro Parlamentswahlen statt.

Im montenegrinischen Parlament besitzt Djukanovićs Bündnis "Demokratische Liste für ein Europäisches Montenegro" (Demokratische Partei der Sozialisten Montenegros, DPS, 31 Sitze und Sozialdemokratische Partei Montenegros SDP, 7 Sitze) mit 38 der insgesamt 75 Sitze die absolute Mehrheit.

Das pro-serbische Bündnis "Gemeinsam für den Wechsel", ist mit 28 Sitzen vertreten (Sozialistische Volkspartei SNP 19 Sitze, Volkspartei NS 5 Sitze, Serbische Volkspartei SNS, 4 Sitze).

Die DPS wird zusammen mit der SDP bei den Septemberwahlen 2006 antreten. Die SNP wird auch ihre Partner in einem Bündnis versammeln. Die sogenannte "Serbische Liste" der SNS wird nationalistische pro-serbischen Kleinparteien umfassen.

Die aus einer NRO hervorgegangene Partei „Bewegung für Veränderungen“ (PZP) wird wahrscheinlich eine bedeutende Anzahl der WählerInnen für sich gewinnen können, da sie sich als Modernisierungspartei jenseits der etablierten Lager profiliert. Diese Partei thematisiert die kaum beachteten ökologischen Nebenwirkungen der schnellen Privatisierung sowie die Korruptionsgefahr. Das dürfte ihr WählerInnenstimmen aus der linken Mitte einbringen, die eine starke pro- oder antiserbische Politikdiskussion nach erlangter Unabhängigkeit für obsolet halten.

In Montenegro gibt es weitere Kleinparteien (Liberaler Bund, Demokratische Union der Albaner, Demokratischer Bund der Montenegriner), die über neun Sitze verfügen. Die Minderheitenparteien sind eine strategische Partnerschaft mit Milo Djukanović eingegangen, da sie in einem kleinen unabhängigen montenegrinischen Staat ihre Rechte besser gewahrt sehen, als in einem serbisch dominierten Bund mit Serbien.

Die anstehenden Wahlen werden zeigen, ob das unabhängige Montenegro die reale Chance, sich als republikanische und nicht als ethnische Gemeinschaft zu konstituieren, realisieren kann.

#### Wirtschaftslage

In Montenegro legte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2005 um 4,1% auf 2.638 Euro pro Kopf zu. Damit stieg das BIP stärker als in den letzten drei Jahren, zugleich aber schwächer als in der

wesentlich größeren Nachbarrepublik Serbien, wo das Wachstum im Jahr 2005 auf 6,3% kletterte. Im ersten Quartal 2006 stieg das BIP in Montenegro allerdings gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 6,8%. Das Wachstum dürfte damit die Prognose der Regierung von 4,5% übersteigen.

Im Jahr 2005 haben vor allem der Tourismus, die Bauwirtschaft und der Finanzsektor die Wirtschaftsentwicklung beflügelt. Deutlicher Schwachpunkt in der BIP-Entwicklung war 2005 allerdings die Industrieproduktion. Sie sank um 1,9% und brach damit den positiven Trend der vergangenen Jahre. Die Kohleförderung, und mit ihr die Stromerzeugung, sind 2005 um 13,3 bzw. 13,4% zurückgegangen. Maßgeblichen Anteil am Produktionseinbruch hatte die missglückte Privatisierung des Stahlwerks in Nikšić. Es ist zu erwarten, dass sich das Investitionsklima im Zuge der Annäherung an die Europäische Union weiter verbessern wird. Im Oktober 2005 begannen die Verhandlungen mit der EU über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen. Nach dem Sieg der Unabhängigkeitsbewegung beim Referendum dürfte Montenegro mittelfristig allein die Verhandlungen mit der EU fortführen. Das könnte zu einer Beschleunigung und noch 2006 zu einem möglichen Abschluss führen.

Obwohl der Prozess der Entstaatlichung zu 80% abgeschlossen ist, stehen in den nächsten Jahren noch einige wenige große Firmen zum Verkauf an. Darunter staatliche Energiekonzerne (Elektroprivreda Crne Gore, EPCG), die Montenegrinischen Eisenbahnen, die Reparaturwerft in Bijela, der Hafen Bar, das Tabakkombinat Podgorica sowie der größte Weinhersteller in Serbien und Montenegro „Plantaže“.

Diese Privatisierungen werden ein Thema im Wahlkampf für die Parlamentswahlen sein.

#### **4. Bosnien-Herzegowina**

Fast elf Jahre nach Unterzeichnung des Daytoner Friedensabkommens (DPA, November 1995) hat Bosnien-Herzegowina immer noch mit den Strukturschwächen der Daytoner Verfassung zu kämpfen. In diesem Dokument ist Bosnien-Herzegowina als schwacher Zentralstaat mit weitgehender ethnischer Territorialisierung (Entitäten, Kantone) festgeschrieben. Auch in den vergangenen zwölf Monaten waren die politischen Ereignisse in Bosnien-Herzegowina durch die Bemühungen der Internationalen Gemeinschaft (IG) gekennzeichnet, zusammen mit einheimischen, meist noch nationalistisch geprägten, politischen Eliten den Übergang von der Daytoner zur Brüssler Phase zu gewährleisten. Es ging vor allem um die Stärkung des schwachen bosnisch-herzegowinischen Zentralstaates und um die Erfüllung der Bedingungen für den Integrationsprozess in die EU.

#### **Verfassungsreform und EU Integrationsprozess**

Im Dezember 2005 eröffnete die EU die mehrmals aufgeschobenen Verhandlungen mit Bosnien-Herzegowina über das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen. Damals gaben die serbischen Parteien ihren Widerstand gegen die von der EU-Kommission eingeforderte Polizeireform auf. Diese Reform blieb jedoch bis heute ein unvollendet, denn die Parteien aus der Republika Srpska weigern sich nach wie vor, polizeiliche gesamtstaatliche Kompetenzen zu akzeptieren, die die Entitätsgrenzen überschreiten.

Der Hohe Repräsentant Paddy Ashdown verabschiedete sich zum Jahreswechsel, ohne seinem Ziel, die autoritären Kompetenzen des OHR vollständig abzubauen, näher gekommen zu sein. Er sah sich immer wieder gezwungen, seinen Einfluss geltend zu machen: er zwang das wegen Korruption angeklagte kroatische Mitglied des Staatspräsidiums, Dragan Čović, per Dekret zum Amtsverzicht. Ebenso suspendierte er ein Begnadigungsgesetz in der Föderation, nachdem der Entitätspräsident das Gesetz parteipolitisch motiviert angewandt hatte.

Das Machtgerangel im politischen Umfeld der bosnischen Kroaten spitzte sich im Frühjahr 2006 weiter zu. Mehrere hochrangige Mitglieder der Kroatischen Demokratischen Partei (HDZ) verließen die Partei, nachdem die HDZ aus dem Bund der Europäischen Volkspartei wegen Unregelmäßigkeiten bei der Wahl der neuen Parteiführung ausgeschlossen wurde. Die Diskussion über die Verfassungsänderungen trug zur Spaltung der HDZ wesentlich bei. Die meisten Abgeordneten der bisher stärksten politischen Partei der Kroaten in Bosnien-Herzegowina haben sich der neu gegründeten Partei "HDZ 1990" angeschlossen, um gegen die von der bisherigen Parteiführung gebilligten Gesetzesvorlage abstimmen zu können. Die Begründung: Die Gleichberechtigung der Kroaten würde durch die Veränderungen nicht garantiert.

Der Deutsche Christian Schwarz-Schilling wurde zu Ashdowns Nachfolger ernannt und übernahm Ende Januar 2006 das Amt des Hohen Repräsentanten. Bei seinem Amtsantritt kündigte er an, dass er nur noch in Sonderfällen die „Bonn-powers“ nutzen und seine Arbeit vermehrt auf das „ownership-Prinzip“ stützen wolle, da das OHR Ende Juni 2007 definitiv aufgelöst und in ein EU-Büro umgewandelt werden solle.

Einige wichtige Reformen zur Stärkung der Wirtschaftskompetenzen des Zentralstaates (Reform des Steuerrechts und der Finanzinstitutionen) gelangen ohne den Einsatz internationalen Drohpotentials. Nichtsdestotrotz musste das OHR mit Hilfe der EU und der USA die zentralen Reformvorhaben zum Umbau der Sicherheitskräfte erzwingen. Das war der Auslöser der lange anhaltenden Regierungskrise sowohl auf gesamtstaatlicher Ebene als auch in der

Republika Srpska. In der serbischen Entität blieb die erst im Februar 2005 ins Amt gekommene Regierung unter Premier Bukejlević (Serbische Demokratische Partei, SDS) bereits im Dezember ohne parlamentarische Mehrheit. Im Februar 2006 wurde Milorad Dodik von der Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten (SNSD) zum neuen Ministerpräsidenten der Republika Srpska gewählt.

Seit seiner Amtsübernahme stellt sich Milorad Dodik einigen Vorhaben der Internationalen Gemeinschaft gegenüber quer. Die Polizeireform geht seitdem nur schleppend voran. Einst mutiger Kritiker der verbrecherischen Politik Radovan Karadžićs, entwickelte sich Dodik aus Machtkalkül zu einem Politiker, der allzu gern in die nationalistisch-populistische Trickkiste greift: er stellte die Souveränität Bosnien-Herzegowinas in Frage, indem er die Möglichkeit eines Referendums in der Republika Srpska zur Abspaltung von Bosnien in Betracht zog.

Eine Aufhebung der ethnischen Blockade des bosnisch-herzegowinischen Staates zeichnete sich auch im zehnten Jahr des Daytoner Friedensschlusses nicht ab. Die Internationale Gemeinschaft, unter Federführung der Amerikaner, hat über mehrere Monate hinweg mit den anfangs acht und zum Schluss sieben wichtigsten bosnisch-herzegowinischen Parteien über die Änderung der „Dayton-Verfassung“ des Landes verhandelt. Trotz begrenzter Reformziele scheiterte im April 2006 die Verfassungsänderung im Parlament, da die Zwei-Drittel-Mehrheit knapp verfehlt wurde.

Die Hauptgegner der Reform sind die Gefolgsleute von Haris Silajdžić. Nach dem Krieg ging seine Partei aus einer Abspaltung der bosniakisch-nationalistisch geprägten Partei der demokratischen Aktion (SDA) hervor. Silajdžić, einmal der engste Vertraute von Alija Izetbegovic, dem charismatischen Kriegsführer der bosniakischen Verteidiger, trat mit seiner „Partei für Bosnien-Herzegowina“ in Konkurrenz zu Izetbegovic und zog sich so schlimmste Anfeindungen seitens seiner ehemaligen Parteikollegen zu. Ursprünglich als gesamtbosnisch gedacht, blieb diese Partei in der bosniakisch-muslimischen Wählerschaft verankert – eine modernere und weltoffener Version der Mutterpartei. Letztlich fungierte die „Partei für Bosnien-Herzegowina“ als mehrheitsbeschaffende Kraft für die stärkeren Parteien. Auch die Partei der demokratischen Aktion (SDA) hat sich seit dem Tod Izetbegovics etwas verändert – weniger Islam, weniger Nationalismus und mehr Raum für die politische Mitte. Das ist unangenehm für Silajdžić und für seinen Nachfolger Halilović, denn diese Mitte ist ihr Territorium.

Jetzt präsentiert sich Silajdžić, der vor vier Jahren das politische Geschäft verließ, aber vor kurzem sein Comeback ankündigte, zusammen mit dem Parteichef von seinen Gnaden, Halilović, als

Wortführer der Reformgegner. Die taktische Koalition mit der HDZ 1990 sowie mit einem Überläufer aus der Partei der demokratischen Aktion bezeichnet Silajdžić als „patriotischen Block“. Silajdžićs Begründung: Die Verfassungsreform ließe die Staatlichkeit der zwei Entitäten unangetastet, was einer Betonierung der Teilung Bosnien-Herzegowinas gleichkäme. Silajdžićs Comeback werden bei den bevorstehenden Wahlen vor allem die bosniakischen nationalistischen WählerInnen honorieren.

Die Enttäuschung über das Scheitern der Verfassungsreform war besonders bei den Vertretern der Internationalen Gemeinschaft in Bosnien-Herzegowina groß.

Zur Verfassungsreform organisierte die Heinrich-Böll-Stiftung gemeinsam mit den anderen drei in Bosnien-Herzegowina vertretenen deutschen Stiftungen im April 2006 eine größere Konferenz. Durch ihr gemeinsames Auftreten wollten die Stiftungen den in Bosnien-Herzegowina maßgeblichen politischen Kräften signalisieren, dass bei der Reform der Verfassung ein breiter Konsens sowie die Suche nach dem Kompromiss über die Grenzen der politischen Lager hinweg von besonderer Bedeutung sind.

#### **Vergangenheitsbewältigung und Menschenrechte**

Auch der 11. Jahrestag des Genozids in Srebrenica im Juli 2005 zeigte, dass sich zwar die Rhetorik der serbischen Vertreter von Parteien und Regierungen in Bosnien-Herzegowina in den letzten Jahren unter internationalem Druck deutlich verändert hat, aber die anhaltende tiefe ethnische Spaltung als bestimmende Realität in Politik und Gesellschaft bestehen bleibt. Die zwei mutmaßlichen Kriegsverbrecher Radovan Karadžić und Ratko Mladić sind fast elf Jahre nach Kriegsende immer noch auf freiem Fuß. In ihren letzten beiden Berichten an den UN-Sicherheitsrat wies die Chefanklägerin des Haager Tribunals, Carla del Ponte, den Regierungen in Belgrad und in der Republika Srpska die Verantwortung für diese Situation zu. Auch bemängelte sie, dass diese Frage anscheinend keine Priorität mehr bei der Internationalen Gemeinschaft habe.

Die tiefe ethnische Spaltung der bosnisch-herzegowinischen Gesellschaft zeigte sich erneut im Juni 2006 als das UN-Kriegsverbrechertribunal den ehemaligen Kommandeur der muslimischen Verteidiger von Srebrenica, Naser Orić, nach Verbüßung einer kurzen Freiheitsstrafe auf freien Fuß setzte. Dies sei eine „gute Nachricht“, sagte Kada Hotić vom Verband der muslimischen Srebrenica-Mütter. Mit dem Urteil habe das UN-Tribunal „erneut sein wahres Gesicht gezeigt“, sagte dagegen ein Vertreter der serbischen Kriegsoffer in Sarajevo. Ähnlich unterschiedlich denken die Politiker. Während die bosniakisch-muslimischen Politiker Orić als Helden empfingen, bezeichneten führende Politiker der bosnischen Serben das Urteil als „Schande“.

Im zivilgesellschaftlichen Bereich gibt es durchaus ermutigende Beispiele. Das Forschungs- und Dokumentationszentrum hat mit der Erstellung einer umfassenden Datenbank aller Kriegsoffer in Bosnien-Herzegowina begonnen. Zum ersten Mal seit Beendigung des Krieges setzte sich eine einheimische Institution das Ziel, alle Opfer, unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft in einer Datenbank zu registrieren. Bisher erfasste das Zentrum ca. 96.000 Kriegsoffer. Die Arbeit dauert noch an. Die ersten veröffentlichten Zahlen stießen auf geteilte Reaktionen in der politischen Öffentlichkeit. Während die politischen Führer, die bisher aus überhöhten Opferanzahlen politisches Kapital geschlagen hatten, die Objektivität des Dokumentationszentrums in Frage stellten, gab es auch moderate Stimmen, die daran erinnerten, dass nur die auf Fakten beruhende Wahrheit in Versöhnung münden kann.

Die bosnisch-herzegowinische Justiz übernimmt zunehmend die Verantwortung für die Fälle, die bis jetzt im Verantwortungsbereich des Haager Tribunals lagen. Vor dem Staatsgerichtshof Bosnien-Herzegowinas laufen seit über einem Jahr die Prozesse gegen Personen, die wegen Kriegsverbrechen angeklagt sind. Die ersten Urteilsprüche beweisen, dass die bosnisch-herzegowinische Justiz in der Lage ist, schwierige Fälle unabhängig und kompetent zu bearbeiten.

Menschenrechtsverletzungen stehen in Bosnien-Herzegowina immer noch auf der Tagesordnung. Im letzten Jahr hat vor allem die Missachtung der sozialen Rechte der BürgerInnen zugenommen, und besonders in der öffentlichen Verwaltung gibt es immer wieder Fälle von Diskriminierung (Diskriminierung von Frauen und Minderheiten) bei der Stellenbesetzung.

Die Europäische Menschenrechtskonvention ist Bestandteil der Verfassung Bosnien-Herzegowinas. Die politischen Entscheidungsträger unterstützen aber den Schutz der Menschenrechte nur formell. Ihr praktisches politisches Verhalten zeigt, dass sie die Menschenrechte nicht als universelle demokratische Werte verinnerlicht haben. Die politische Elite ignoriert meist die Institutionen die für den Schutz der Menschenrechte zuständig sind, wie die Institution der Ombudsleute, die Kommission für Menschenrechte usw. In Kombination mit dem diesbezüglich passiven Verhalten der BürgerInnen begünstigt dies politische die Willkür.

### **Zivilgesellschaft**

Die Herausbildung der Zivilgesellschaft in Bosnien-Herzegowina schreitet nur mühsam voran. Es sind immer noch einige Nichtregierungsorganisationen, die die Zivilgesellschaft bilden. Aber nicht alle NRO gehören zur Zivilgesellschaft im eigentlichen Sinne. Manche machen sich zum Dienstleister für politische Eliten. Ein Beispiel dafür sind zwölf NRO in der Republika Srpska, die durch

eine Unterschriftaktion im Frühsommer 2006 die Regierung der serbischen Entität in ihren nationalistischen und separatistischen Tendenzen unterstützten. In Bosnien-Herzegowina fehlt es immer noch an der „wahren“ Zivilgesellschaft, die die kritische Masse für Veränderungen bildet.

Auch heute noch ist die Zivilgesellschaft von ausländischen Geldern abhängig, was sicherlich auch ihr Wirken beeinflusst und motiviert. Je weniger internationale Organisationen Interesse für die Region zeigen, desto schwieriger ist es, Aktivitäten im zivilgesellschaftlichen Bereich durchzuführen. Eine Lösung hierfür könnte ein Finanzierungsmodell sein, bei dem die NRO ihre Zuschüsse aus dem staatlichen Budget erhalten.

Das zurzeit größte Projekt zur Stärkung der Zivilgesellschaft in Bosnien-Herzegowina ist die Initiative GROZD (Koalition von 50 NRO in Bosnien), die von den Amerikanern und Holländern mit ca. 3,5 Million EUR finanziell unterstützt wird. Ziel dieses Projektes ist es die BürgerInnen zur bevorstehenden Wahl zu motivieren.

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat im März 2006 in Sarajevo eine Regionalkonferenz zur Situation der Zivilgesellschaft in den Ländern Südosteuropas organisiert. Ziel der Konferenz war es, vom Standpunkt der zivilgesellschaftlichen Akteure aus die Möglichkeiten des zivilgesellschaftlichen Engagements in dieser Region auszuloten und eine gemeinsame kritische Bestandsaufnahme über die Entstehung, Entwicklung und die gegenwärtige sowie zukünftige Situation der Zivilgesellschaft zu machen.

### **Ökologie und Umweltschutz**

Mit Beginn der Verhandlungen über das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen Bosnien-Herzegowina und der Europäischen Union, gewinnen die Bereiche Umweltschutz und Umweltpolitik für Bosnien-Herzegowina immer mehr an Bedeutung. Obwohl in den letzten Jahren einige Fortschritte erzielt wurden (Verabschiedung mehrerer Gesetze im Bereich des Umweltschutzes, Naturschutz- und Nationalpark-Initiativen), ist es schwer, dem Thema im politischen Umfeld zu Aufmerksamkeit zu verhelfen. Die politische Öffentlichkeit und die bislang im Parlament vertretenen Parteien nehmen dieses Thema kaum wahr. Die beiden seit 2004 existierenden grünen Parteien haben es bisher nicht geschafft, sich politisch zu profilieren. Auch wissen die BürgerInnen zu wenig über die Anforderungen, die die EU im Bereich des Umweltschutzes an ihr Land stellt. In Kroatien oder Slowenien beispielsweise erwies sich der Bereich des Umweltschutzes als einer der anspruchsvollsten und teuersten. Der Umweltschutz in Bosnien-Herzegowina reduziert sich auf die Schaffung normativer Bestimmungen, deren Umsetzung jedoch nicht ernsthaft betrieben wird.

Bei den Parlamentswahlen im Oktober 2006 kandidiert auch die bosnische grüne Partei „E5“. Die andere Partei „Grüne für Bosnien-Herzegowina“ konnte nicht genügend Unterschriften für die Registrierung sammeln.

### **Gleichstellung der Geschlechter**

Trotz der Eröffnung von Gender-Zentren auf Entitätsebene, einer Agentur für Geschlechtergleichstellung auf Staatsebene sowie der Gender-Kommissionen auf allen anderen Regierungsebenen, ist keine Stärkung der Stellung der Frau in Bosnien-Herzegowina zu verzeichnen. Die Gründe hierfür liegen einerseits in der tief verwurzelten patriarchalischen Tradition und der sozialen Infrastruktur sowie andererseits im Mangel am politischen Willen innerhalb des männlich dominierten Politbetriebs.

Ein weiteres Problem der traditionell patriarchalischen Gesellschaft in Bosnien-Herzegowina – in der die existenzielle Abhängigkeit der Frauen sowie ein allgemeiner Mangel an Bewusstsein in Geschlechterfragen stark ausgeprägt sind – sind die Gewalt gegen Frauen und die häusliche Gewalt. Dank der internationalen NRO, wird dieses Problem immer mehr in der Öffentlichkeit erörtert. Auch die Heinrich-Böll-Stiftung hat dieses Themenfeld aufgegriffen, und mehrere Foren in ganz Bosnien-Herzegowina zu diesem Thema organisiert.

### **Wirtschaftslage**

Die Indikatoren der Wirtschaftslage in Bosnien-Herzegowina veränderten sich im Verhältnis zum vorherigen Berichtszeitraum kaum. Der Exportwert deckt annähernd ein Drittel des Importwertes. Die Inflationsrate 2005 betrug 2,9 %. Die Arbeitslosenrate beträgt 45%, was neben der des Kosovo die höchste Rate in Europa ist. Einige der bedeutendsten Entwicklungen waren: der Übergang der Zuständigkeit zur Abrechnung der indirekten Steuern von Entitäts- auf Staatsniveau, die Bildung und Inbetriebnahme der Verwaltung für indirekte Besteuerung, die Schaffung eines einheitlichen Kontos für die Steuereinnahmen sowie die Einführung der Mehrwertsteuer von 17 % Anfang 2006. Die Einnahmen aus der indirekten Besteuerung waren aufgrund fehlender Kontrollmechanismen geringer als erwartet.

Der Bau der Autobahn „Korridor 5C“, geht nur schleppend voran. Aus der Wirtschaft waren bereits in der Vergangenheit Stimmen vernehmbar, die davor warnten, dass der Bau einer Autobahn durch Bosnien-Herzegowina wirtschaftlich unrentabel sei. Schätzungen zufolge würden sich die investierten Mittel erst in frühestens 50 Jahren wieder hereinholen lassen. Bleibt es beim gegenwärtigen Bautempo, so wird Bosnien-Herzegowina bis Ende 2009 über eine Autobahn mit einer Länge von 45 km verfügen - ein Achtel der ursprünglich geplanten Strecken.

## **5. Kroatien**

### **Kroatien und EU**

Obwohl der vom Tribunal in Den Haag gesuchte General Ante Gotovina zu diesem Zeitpunkt noch flüchtig war, bescheinigte die Chefanklägerin Carla Del Ponte Kroatien am 3. Oktober 2005, uneingeschränkt mit dem Tribunal zusammenzuarbeiten. Die Europäische Union hat das positive Votum von Carla Del Ponte akzeptiert. Daraufhin wurde die Vertagung der Beitrittsverhandlungen am 4. Oktober 2005 aufgehoben. Für die Wiederaufnahme der Verhandlungen machte sich besonders Österreich stark. Dieser Vertrauensvorschuss erwies sich als richtig - am 8. Dezember 2005 konnte General Gotovina verhaftet werden.

Die Europäische Kommission verlangt jedoch von Kroatien, seine Anpassungsbemühungen in einigen Bereichen zu verstärken (freier Kapitalfluss, Fischerei, Verkehr, Energiewirtschaft, Gesundheits- und Verbraucherschutz, Finanzkontrollen, Freizügigkeit, Wettbewerb, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Sicherheit von Nahrungsmitteln, Sozialpolitik, Arbeitsmarkt, Regionalpolitik und insbesondere Gerichtswesen, Freiheit und Sicherheit).

Allerdings wurde das screening in den Bereichen Justiz und Menschenrechte, das im März 2006 hätte beginnen sollen, vertagt. Grund: der schlechte Zustand des Gerichtswesens (insbesondere bezüglich der Zahl der offenen Verfahren und der Korruption). Kroatien sollte nicht nur spezielle Aktionspläne entwerfen, sondern diese auch anwenden, so die Brüsseler Botschaft. Auch die Auswahl und Zusammenstellung der Arbeitsgruppen für die Verhandlungsvorbereitungen fand in kleinem Kreis statt. Die Zusammensetzung der einzelnen Arbeitsgruppen bis zum Beginn der screenings der einzelnen Kapitel war weitgehend unbekannt, was die Vorwürfe bezüglich der fehlenden Transparenz und der Abschirmung von der Öffentlichkeit bestätigte.

Premierminister Ivo Sanaders Minderheitsregierung ist seit fast drei Jahren im Amt. Sie wird von der Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft, der Kroatischen RentnerInnenpartei und der Serbischen Demokratischen Partei gebildet. Ihr gelingt es immer wieder, durch häufige Besuche von hohen EU-Amtsträgern, die öffentliche Aufmerksamkeit auf ihre außenpolitischen Aktivitäten zu lenken. Während die Regierung zu Hause Probleme mit Wirtschaft, Justizreform und Korruption hat, wird sie durch Lobbyarbeit, diplomatische Kontakte und eine intensive Kommunikation zwischen allen Stakeholdern im Ausland, sehr gut benotet. Doch wenngleich Premierminister Sanader der Bevölkerung die gleichberechtigte Teilnahme an den europäischen Parlamentswahlen im Jahre 2009 ermöglichen möchte, bleibt ungewiss, ob die EU ihre Erweiterungsmüdigkeit bis dahin überwunden haben wird.

Mit unter 50% liegt die Zahl der Euro-BefürworterInnen in Kroatien wesentlich höher als zum Zeitpunkt der Verhandlungsvertagung der EU mit Kroatien. Für Sanader ist es deshalb außerordentlich wichtig, dass er für seine Außenpolitik die Unterstützung und die Zustimmung aller parlamentarischen Kräfte genießt. So hat I-vica Račan, der Vorsitzende der oppositionellen Sozialdemokraten (SDP), in einem parlamentarischen Gremium, das für die Beobachtung der Verhandlungen zuständig ist, den alleinigen Vorsitz inne. VertreterInnen der Zivilgesellschaft sind nicht eingebunden. Auch bleibt die breite Öffentlichkeit vom Integrationsprozess ausgeschlossen. Eine solche Praxis führt zu einer Monopolisierung des gesamten Prozesses seitens der Parteiliten. Bezeichnend ist ebenfalls das Fehlen eines öffentlichen Diskurses über den Beitritt Kroatiens in die NATO, der nach heutigen Prognosen für 2008 geplant ist.

Die Beitrittsverhandlungen dienen unter anderem als Deckmantel für alle Fehlentwicklungen im Lande - die wachsende ethnisch motivierte Gewalt, eine schlechte Wirtschaftslage und die schleppende weitere Verfolgung von Kriegsverbrechen. Das demokratische Potential des Europäischen Integrationsprozesses bleibt somit minimalisiert, denn er wird verstanden als ein Prozess äußerer und diplomatischer, und nicht innerer reformistischer Aktivitäten. Dieser „normative Optimismus“ der Regierung geht davon aus, dass eine Anpassung der kroatischen Gesetze an die EU-Gesetze automatisch auch deren Anwendung ermöglicht.

Die außenpolitischen Erfolge -von Premier Ivo Sanader der Öffentlichkeit gekonnt präsentiert - machen es der um die Sozialdemokraten versammelte Opposition schwer, politische Alternativen anzubieten. Bei den letzten kroatischen Kommunalwahlen bekräftigte die Kroatische Partei des Rechts (HSP) ihre Position als drittstärkste Partei im Land. Die politische Spannbreite links vom Zentrum blieb in einigen Regionen ungenutzt. Die Liberale Option konsolidierte sich erneut, aber ihr Einfluss ist momentan gering. Die Kroatische Bauernpartei (HSS), die bei den letzten Kommunalwahlen einen Rückgang der Unterstützung erlebte, vereinte sich mit den Liberalen Demokraten (LIBRA) und ist nun die einzige nationale Partei, die eine liberale bürgerliche Option darstellt. Unabhängige BürgerInnenlisten, die 2005 in einigen Städten (Split, Zagreb) eine erstaunlich hohe Stimmenzahl erreichten, gingen eine Koalition mit den regierenden Parteien ein. Im April 2006 wurden die Wahlen in drei Städten wiederholt. Dort gingen die Sozialdemokraten gemeinsam mit den lokalen Unabhängigenlisten als Sieger hervor.

Im gesamten politischen Spektrum fehlt es an politischer Glaubwürdigkeit und Konsequenz. Die Ausrichtung der Programme wird vor allem auf lokaler Ebene sehr schnell den politischen Alltagsgeschäften geopfert.

### **Zivilgesellschaft**

Der Raum für eine Veränderung „von innen“ ist tatsächlich auf einen kleinen Teil der Zivilgesellschaft reduziert. So bewegt sich Kroatien auf einer hauchdünnen Linie zwischen der noch nicht verwirklichten demokratischen, europäischen Zukunft und der jüngsten autoritären Vergangenheit. Die sogenannten Patrioten sind immer noch deutlich in der Gesellschaft und der politischen Elite vertreten.

Bei der erfolgreichen Umsetzung der Reformen spielt der Druck von außen immer noch eine entscheidende Rolle. Die zivilgesellschaftliche Kritik bezieht sich genau auf diesen Punkt, denn die erzwungenen formellen Veränderungen garantieren in keiner Weise die Demokratisierung und Pluralisierung der Gesellschaft oder die Partizipation „von unten“ an den gesellschaftlich-politischen Entscheidungsprozessen.

Die Zivilgesellschaft befindet sich momentan in einer ambivalenten Lage. Sie vertritt „europäische zivilisatorische Werte“, bleibt aber zum größten Teil von staatlichen Mitteln abhängig. Gerade sie könnte aber, aufgrund der inkonsequenten Anwendung der Aufnahmekriterien, zum Hauptkritiker der Brüsseler Vorgehensweise beim Integrationsprozess avancieren. Gleichzeitig ist sich die Mehrheit der AkteurInnen der Zivilgesellschaft darüber einig, dass es keine Alternative zum EU Beitritt gibt. Deshalb stellen sich die AkteurInnen die Frage, ob die Zivilgesellschaft die Schwachstellen der institutionell getragenen Veränderungen zur Diskussion stellen und damit den Beitrittsprozess verzögern soll.

Ein Teil der Zivilgesellschaft übernahm die politische Vertretung der Werte, die man „links vom Zentrum“ ansiedeln kann, und wurde so zu einer außerinstitutionellen Gegenmacht, der auch ausländische Beobachter (OESS, Freedom House) einen gewachsenen Einfluss auf die Gesetzgebung sowie eine Korrekturfunktion bezüglich staatlichen Handelns attestieren.

Mit der Gründung der Nationalen Stiftung zur Entwicklung der Zivilgesellschaft begann der kroatische Staat mit der Ausarbeitung und Umsetzung einer Strategie in diesem Bereich. Eine große Anzahl von VertreterInnen der Zivilgesellschaft wurde in die Arbeit einbezogen. Neben der Chance der Einflussnahme auf die Regierungsarbeit birgt dies auch die Gefahr, dass das authentische BürgerInnen-Engagement zum Zwecke einer „dekorativen“ Zusammenarbeit mit der Regierung instrumentalisiert wird, während die eigentliche Entscheidungsmacht einzig bei der Regierung bleibt.

### **Verfolgung von Kriegsverbrechen und Menschenrechte**

Nach der Verhaftung Gotovinas werden Vermutungen laut, dass auch der Osijeker Pfarrer Branimir Glavaš für Kriegsverbrechen an serbischen ZivilistInnen im Jahre 1991 verantwortlich sei. Branimir Glavaš trat vor den Kommunalwahlen 2005 aus der regieren-

den HDZ aus, gründete eine neue Partei und bekam eine ausreichende Stimmzahl, um die gemeinsame Regierung mit der nationalistischen Kroatischen Partei des Rechts (HSP) in Osijek, einer der größeren Städte Kroatiens, zu bilden. Im Juni 2006 wurde Strafanzeige gegen Glavaš wegen Verbrechen an etwa hundert Personen serbischer Nationalität gestellt. Die Anklage wird voraussichtlich bald erhoben. Ähnliche Kriegsverbrecherprozesse könnten bald auch vor kroatischen Gerichten in Sisak und Gospić stattfinden.

Im Laufe des vergangenen Jahres ist eine Zunahme ethnisch motivierter Gewalt zu verzeichnen, vor allem auf lokaler Ebene, in Gebieten mit einer großen Anzahl überwiegend serbischer Rückkehrer. Ebenso steigt die Anzahl der Delikte gegen Roma und Juden. Die Reaktion der Regierung lässt oftmals zu wünschen übrig.

Die Rückkehr der serbischen Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina und Serbien bleibt eine der politischen Prioritäten. Trotz durchgeführter Maßnahmen bleiben nennenswerte Ergebnisse aus. Und je weiter der Zeitpunkt der Flucht in die Ferne rückt, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Flüchtlinge zurückkommen. Der Mangel an Arbeitsplätzen in den Rückkehrgebieten sowie die ungelöste Wohnfrage stellen zusätzliche Schwierigkeiten dar.

Im Juni 2006 wurden Änderungen zum neuen Strafgesetz angenommen, das erstmals die Kategorie „Verbrechen aus Hass“ einführte. Das heißt, dass für einzelne Delikte ein anderes Strafmaß angesetzt werden kann, sofern belegt wird, dass die Tat aus rassistischer, ethnischer, sexueller oder einer anderen Art von Intoleranz begangen wurde. Hierbei muss betont werden, dass dies das Ergebnis der kontinuierlichen Arbeit von Organisationen für den Schutz sexueller Minderheiten ist, die Opfer solcher Übergriffe vertreten. Auch hier wird das Potential einzelner zivilgesellschaftlicher Organisationen, die mit der Heinrich-Böll-Stiftung zusammenarbeiten, deutlich.

Geschlechtergleichheit bleibt in Kroatien ein Dauerthema, vor allem im Bereich Arbeit, wo Frauen für die gleiche Tätigkeit immer noch 15% weniger Einkommen als Männer erhalten. Im Mai 2006 erreichte die Diskussion über Gleichberechtigung ihren Höhepunkt, als das Frauennetzwerk Kroatiens die katholische Kirche als größtes Hindernis für die Verwirklichung von Geschlechtergleichheit bezeichnete und die Auflösung von vier bilateralen Verträgen der Republik Kroatien mit dem Vatikan verlangte.

Das Recht auf eine saubere Umwelt wird rückt zunehmend ins Zentrum des gesellschaftlichen Engagements. Ein Beispiel dafür ist die Ankündigung des Komitees zum Schutz der Adria im Juni 2006, Kroatien beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrech-

te anzuzeigen, sollte der Staat den unkontrollierten und nicht genehmigten Bau von Golfterrains, Appartements und Wohnsiedlungen an der kroatischen Küste nicht unterbinden.

Die Ineffizienz der Justiz, die Langwierigkeit der Gerichtsverfahren und die Zahl der offenen Fälle sind neben der Korruption die Hauptschwierigkeiten bei der Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit. Das Gerichtswesen ist nach wie vor parteiisch im Bezug auf die ethnische Zugehörigkeit, wovon BürgerInnen serbischer Nationalität am meisten betroffen sind.

### **Umweltpolitik und grüne politische Option**

Der Umweltschutz, die diesbezügliche Anpassung der Gesetzgebung und deren Anwendung wird einer der anspruchvollsten Bereiche für Kroatien in den kommenden Jahren sein, sowohl in zeitlicher als auch in finanzieller und fachlicher Hinsicht. Das Kapitel „Umwelt“, gleichzeitig eines der ausführlichsten Kapitel (mehr als 300 Direktiven), wird Kroatien viele Gesetzesreformen, bedeutende Investitionen, infrastrukturelle Eingriffe sowie die Stärkung administrativer Fähigkeiten für die Durchführung des EU-Acquis abverlangen. Allein in die Abfallwirtschaft und den Schutz des Wassers wird das Land in einem Zeitraum von 20 Jahren ca. 10 Mrd. Euro investieren müssen.

Im April und Mai 2006 wurden beide Phasen des screenings für diesen Bereich abgeschlossen. Erstmals hat Sanaders Regierung drei VertreterInnen aus der Zivilgesellschaft in die Arbeitsgruppen für die Vorbereitung der Verhandlungen mit einbezogen. Dabei zeigte sich, dass der Druck, den die Mitglieder des Grünen Forums (des größten Netzwerks von Umweltorganisationen in Kroatien) ausgeübt haben, sehr produktiv war. Die Expertise der Zivilgesellschaft im Bereich Umweltschutz wurde somit anerkannt, was möglicherweise die Einbeziehung anderer zivilgesellschaftlicher Organisationen in den Beitrittsprozess erleichtert. Von Seiten der Regierung besteht das Interesse an einer solchen Einbindung zum einen im Wunsch, eine kompetente Expertise zu gewährleisten; zum anderen wird so die Verantwortung für den weiteren Verlauf der Verhandlungen auf mehrere Schultern zu verteilt.

Die an den gesetzlichen EU-Besitzstand angepasste Gesetzesentwürfe werden jedoch oft erst in ihrer letzten Version an die VertreterInnen der Zivilgesellschaft gegeben. So entfällt die Möglichkeit der vorzeitigen Intervention z.B. auch mittels Kampagnen zur Sicherung einzelner Standards.

Die größten Anpassungsbemühungen erfordern die Abfallwirtschaft, das Transportwesen und die Wasserwirtschaft. Die aktuelle Regierung versucht in diesen Bereichen mit einem Minimum an öffentlichen Debatten eine Vielzahl an neuen Gesetzen möglichst

schnell zu verabschieden. Auch ist der Umweltschutz auf Regierungsebene ein defizitärer Bereich, da die verschiedenen Ressorts hier schlecht koordiniert und miteinander vernetzt sind. Nachdem die Kampagne gegen das Projekt Družba Adria, mit der russisches Erdöl durch Pipelines bis zur Adria geleitet werden sollte, wegen ihres großen Risikos und geringen Profits, beendet wurde, ist zu erwarten, dass das Parlament im Jahr 2006 von diesem Projekt definitiv absieht.

Der Einfluss der Energielobby nimmt laufend zu. Sie nutzt die Abhängigkeit der Energieversorgung Kroatiens von Russland und dem Nahen Osten, um für neue Elektrizitätswerke sowie die Lieferung von Erdgas (LNG Terminals) verstärkt Lokalitäten entlang der Adriaküste vorzuschlagen. Gleichzeitig wurde Kroatien kürzlich die Teilnahme am Programm „Intelligente Energie - Europa“ ermöglicht, was einen weiteren Schritt in der Erweiterungspolitik bezüglich des europäischen Energetikmarktes darstellt.

Umweltschutzorganisationen betrachten die aktuellen Verordnungen zum Schutz der Küstenregion als Augenwischerei, die zur Vorbereitung des Terrains für ausländische Großinvestitionen dient. Den größten Widerstand gegen diese Tendenz ist bei dem Verein Eko Kvarner zu verzeichnen. Erkennbar in der Öffentlichkeit ist eine Form des so genannten Öko-Patriotismus, der den Umweltschutz in den Kontext des nationalen Eigentums stellt und für eine Beschränkung des Grundstückserwerbs an der Kroatianischen Küste durch Ausländer eintritt.

Der Staat hat internationale Dokumente wie das Kyoto Protokoll immer noch nicht ratifiziert und auch keine nationale Strategie für eine nachhaltige Entwicklung ausgearbeitet. Außer auf deklaratorischer Ebene handelt der Staat noch immer nicht pro-aktiv im Bereich der Nutzung erneuerbarer Energiequellen.

Es werden noch viele Anstrengungen von der Zivilgesellschaft und vor allem von den Umweltschutzorganisationen im Kampf gegen unhaltbare Projekte in Kroatien und den Nachbarländern (z.B. bezüglich der Nuklearbetriebe in Krško) erforderlich sein. Zu den Prioritäten dieses Engagements gehört die Transparenz der angekündigten Privatisierung der Wasserversorgung.

In Kroatien gibt es nach wie vor keine grüne Partei auf gesamtstaatlicher Ebene, sondern nur einige lokale grüne Parteien. Auch wenn die Fähigkeit zum Dialog in diesen Gruppierungen langsam wächst, bleibt offensichtlich ihre Unfähigkeit bestehen, sich gemeinsam zum Pluralismus, zur Toleranz und zu demokratischen Entscheidungen zu bekennen. Im Kern der grünen politischen Option herrscht noch immer kein Konsens über Spannweite und Inhalt der „Grünen Agenda“. Ermutigend ist jedoch die wachsende Vernetzung der Grünen Kroatiens mit den Grünen Österreichs,

Deutschlands, Hollands und Schwedens. Einige der Parteien haben bei den letzten Kommunalwahlen einige Sitze im Senat erhalten, so dass sie nun an Entscheidungen auf Gemeindeebene teilnehmen können.

Die bestehenden grünennahen politischen Gruppierungen sind immer noch nicht im Stande, ihre Programmatik im Vergleich zu den anderen Parteien erkennbar und öffentlichwirksam zu gestalten. Zugleich ist die Kommunikation in diesem politischen Spektrum unterentwickelt, so dass gemeinsame Auftritte, eine Zusammenarbeit oder Vernetzung der AkteurInnen aus den Bereichen Umweltschutz, Menschenrechte, Demokratie usw. ausbleiben.

### **Wirtschafts- und sozialpolitische Fragen**

Die regionale Zusammenarbeit ist für Kroatien weiterhin einer der wichtigsten Indikatoren für die EU-Fähigkeit. Einer der wichtigsten Akteure im Bereich regionale Zusammenarbeit und Förderung der Versöhnung bleibt der Präsident Kroatiens, Stjepan Mesić. Noch im Juli 2005 besuchte er Serbien und sprach mit Boris Tadić über die Bedeutung der beidseitigen Respektierung von Minderheitenrechten. Ebenso pflegte er den intensiven Austausch mit der politischen Führung Bosnien-Herzegowinas und mit Montenegro. Kroatien erkannte im Juni 2006 - früher als die Mitgliedsstaaten der EU - die Unabhängigkeit Montenegros an. Dabei betonte Zagreb seine Bereitschaft zur Förderung positiver nachbarschaftlicher Beziehungen. Grundlage für die Anerkennung war die Überzeugung, dass Podgorica bereit ist, die Rolle Montenegros im Krieg gegen Kroatien zu klären und dass sich auf dieser Grundlage gute nachbarschaftliche Beziehungen sowie gegenseitiger Respekt entwickeln können.

Nach Einschätzungen der Europäischen Kommission wurden Fortschritte in der regionalen Zusammenarbeit erzielt, es bleiben jedoch Fragen zum Grenzstreit mit Slowenien offen. Zudem kündigte Slowenien den Neubau eines Atomkraftwerkes in Krško an.

Im letzten Jahr entstand die Initiative „Der Westbalkan auf dem Weg in die Europäische Union: Konsolidierung der Stabilität und Förderung des Fortschritts“. Eine freie Zoll- und Handelszone im Raum Südosteuropas war vorgesehen. In nationalistischen Kreisen stieß diese Initiative auf große Ablehnung, da solche Versuche mit einer Wiederherstellung Jugoslawiens in Zusammenhang gebracht wurden. Ivo Sanaders Regierung schlug daher vor, die CEFTA auch auf die anderen Balkanstaaten zu erweitern. Auf diese Art und Weise könnte man das Problem einer derartigen Wahrnehmung umgehen.

Laut Eurostat befindet sich Kroatien, gemessen am Bruttosozialprodukt pro Kopf und an der Kaufkraft, immer noch im unteren

EU-Bereich. Im vergangenen Jahr waren die makroökonomischen Werte trotzdem positiv, das Wachstum des BIP ausgeprägter als vorgesehen und das Defizit etwas geringer (ausgenommen die ausstehenden Auszahlungen der Renten in Höhe von etwa 160 Mio. Euro). Die Währung ist stabil, wenn nicht sogar überbewertet, und die Inflationsrate relativ gering (3%). Die durchschnittliche Arbeitslosenrate betrug im letzten Jahr ca. 18%, das Wachstum ca. 4%. Bei der Restrukturierung staatlicher Betriebe zeichnete sich kein merklicher Fortschritt ab. Eine sehr große Belastung für die nationale Wirtschaft bleiben die Staatsschulden, die laut verschiedener Prognosen bis Ende 2007 sogar 30 Mrd. Euro betragen werden, da die Regierung auch weiterhin Kredite beim Internationalen Währungsfonds (IWF) aufnimmt oder bestehende verlängert.

## 6. Regionaler Ausblick

In Serbien ist die Gesellschaft politisch blockiert und fragil, bei geringer rechtlicher und politischer Institutionalisierung. Dennoch muss diese Gesellschaft in sehr kurzer Zeit fast alle wesentlichen Fragen ihrer politischen Existenz lösen. Die Möglichkeit einer politischen und sozialen Mobilisierung in Bezug auf diese Fragen ist immer noch relativ gering. Die politische Stabilität Serbiens und seine europäische Zukunft bleiben weiterhin ungewiss.

Ungelöste Statusfragen bezüglich des Kosovo werden maßgeblich die politische Dynamik in Serbien beeinflussen. Der Ministerpräsident Serbiens, Vojislav Koštunica, wird den Zeitpunkt für neue Wahlen so bestimmen, dass er den Beschluß über die Unabhängigkeit des Kosovo nicht unterzeichnen oder ablehnen muss – beides wäre verhängnisvoll für seine ambivalente politische Agenda, die man nationalistisch-europäisch nennen kann. Es ist nicht auszuschließen, dass bei den nächsten Parlamentswahlen (voraussichtlich noch im Spätherbst 2006 bzw. im Frühjahr 2007) die erstarkten politischen Kräfte der Restauration (Serbische Radikale Partei SRS) die Parlamentsmehrheit erlangen. Dies würde eine Stärkung des Nationalismus, des wirtschaftlichen Patriotismus und der außenpolitischen Orientierung Richtung hin zu Russland bedeuten.

Angesichts der um sich greifenden Erweiterungsverdrossenheit im Westen kann man von der Gefahr einer zumindest vorübergehenden Isolierung Serbiens sprechen, was auf die benachbarten Westbalkan-Staaten destabilisierende Auswirkungen haben kann. Die Rolle der internationalen AkteurInnen ist demnach für eine Balance der politischen Kräfte außerordentlich wichtig. Eine klare Ansage seitens der EU über die europäische Zukunft Serbiens und der ganzen Region wäre sehr hilfreich für die Mobilisierung und Integration der demokratischen politischen Kräfte.

Im Kosovo schließt die Internationale Gemeinschaft sowohl die Rückkehr zur Situation vor 1999 als auch eine Teilung des Kosovo oder dessen Vereinigung mit anderen Ländern aus. Die serbischen Vertreter lehnen eine mögliche Unabhängigkeit der Provinz ab, die Vertreter der Kosovo-Albaner opponieren gegen jegliche staatliche Verbindung mit Serbien. Diese sich gegenseitig ausschließenden Positionen lassen bei den im Juli 2006 in Wien auf höchster Ebene begonnenen Statusgesprächen kaum Spielraum. Schon jetzt ist bekannt, dass das Kosovo noch jahrelang zivile Unterstützung und militärische Präsenz brauchen wird. Wenngleich der nächste Schritt zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht klar zu bestimmen ist, der übernächste müsste für das Kosovo und Serbien gleich sein – die Entwicklung einer klaren europäischen Perspektive.

Montenegro als der jüngste europäische Staat, hofft nach dem erfolgreich durchgeführten Unabhängigkeitsreferendum auf eine schnelle Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der EU. Die tiefe Spaltung der montenegrinischen Gesellschaft in pro-serbische Unionisten und Unabhängigkeitsbefürworter wird auch im unabhängigen Montenegro ein Problem bleiben. Seit Jahren wollen die Befürworter der staatlichen Selbständigkeit die wegen des umstrittenen Verhältnisses zum Haager Tribunal kompromittierende Nähe zu Belgrad gegen die lukrativere und zukunftssträchtigere Nähe zu Brüssel eintauschen. Am 10. September 2006 finden in Montenegro Parlamentswahlen statt, aus denen Djukanović wahrscheinlich erneut als Sieger hervorgehen wird.

Die Entwicklung in Montenegro könnte die bereits bestehenden Unabhängigkeitsbestrebungen in der Nachbarschaft bestärken. Der Regierungschef der von den Vereinten Nationen verwalteten Provinz Kosovo, Agim Ceku, äußerte bereits, er hoffe, dass das Kosovo diesem Schritt zum Ende des Jahres folgen werde. Auch Milorad Dodik, der Regierungspräsident der Republika Srpska – einer föderalen Einheit des bosnisch-herzegowinischen Staates – erklärte, dass ein Referendum zur Unabhängigkeit der Republika Srpska von Bosnien-Herzegowina denkbar sei. Wenngleich diese Äußerung eher als versuchter Stimmenfang in nationalistischen Kreisen zu verstehen ist, so zeigt sie die Fragilität der regionalen Nachkriegsordnung.

In Bosnien-Herzegowina ist die kommende Periode vielleicht die politisch bedeutendste Zeit seit der Unterzeichnung des Dayton-Friedensabkommens. Im Oktober 2006 finden Parlamentswahlen statt. Nach den Wahlen sollen die Verhandlungen über die Verfassungsreform, die im Frühjahr 2005 gescheitert ist, unter Federführung des Hohen Repräsentanten wieder aufgenommen werden. Im Juni 2007 wird das Büro des Hohen Repräsentanten (OHR) aufgelöst und dafür ein EU Büro aufgebaut. Für Herbst 2007 ist der Abschluss der Verhandlungen über das Stabilisierungs- und Assoziie-

rungsabkommen mit der EU vorgesehen. Ebenfalls im Herbst wird das Urteil der Anklage Bosnien-Herzegowinas gegen Serbien und Montenegro wegen Völkermord und Aggression erwartet. Bosnien-Herzegowina bedarf auch weiterhin der Unterstützung durch den Westen, da sowohl die Gesellschaft als auch der Staat immer noch ethnisch fragmentiert sind und daher eine politische Alternative nicht absehbar ist.

In Kroatien werden wahrscheinlich alle Reformen aus der screening-Phase bis zu den Parlamentswahlen im Herbst 2009 realisiert und von der EU bewertet. Hinsichtlich des EU-Integrationsprozesses bringt dies eine erhöhte kritische Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, der Zivilgesellschaft und der BürgerInnen mit sich. Bereits jetzt empfinden viele BürgerInnen den breiten Parteienkonsens in der EU-Frage als Monopolisierung des Integrationsprozesses durch die politischen Eliten. Dies birgt die Gefahr, dass die Anzahl der EU-Skeptiker wächst. Künftig wird die kroatische Regierung, aber auch andere Entscheidungsträger, ein verstärktes Augenmerk auf innere Probleme legen müssen. Der Sammelbegriff „Normalisierung“ verdeckt einige problematische Abschnitte der politischen, gesellschaftlichen und sozialen Realität im Lande. Im Mittelpunkt der Justizagenda werden verstärkt die Verurteilung von Kriegsverbrechen, das konsequente Vorgehen gegen alle ethnisch motivierten GewalttäterInnen sowie Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung stehen. Die wesentlichen ökologischen Herausforderungen werden die Zerstörung der Umwelt und der natürlichen Ressourcen durch den Zulauf fremden Kapitals sowie der Umgang mit dem Druck der Energielobby bezüglich neuer Projekte sein. Die grüne politische Option wird in einem solchen politischen Kontext die Chance haben, direkteren Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung sowie auf politische Entscheidungen auszuüben.

Der Regionalansatz der Heinrich-Böll-Stiftung in Südosteuropa wird weiterhin ermöglichen, dass die durch die kritische Begleitung des EU-Integrationsprozesses in Kroatien gewonnenen Erkenntnisse auch für Bosnien-Herzegowina, Serbien, Kosovo und Montenegro genutzt werden können.

## **Anhang: Chronologie bedeutender Ereignisse in der Region Juli 2005 – Juli 2006**

### JULI 2005

Am 11. Juli, zum zehnten Jahrestag des Massakers in Srebrenica, findet in der Gedenkstätte Potočari eine Gedenkveranstaltung statt.

### OKTOBER 2005

Nachdem die Chefanklägerin des Den Haager Tribunals, Carla Del Ponte bescheinigt, dass Kroatien nunmehr uneingeschränkt mit dem Haager Tribunal zusammenarbeitet, werden die vorher vertagten Beitrittsverhandlungen am 4. Oktober 2005 wieder aufgenommen

### DEZEMBER 2005

Am 8. Dezember 2005 wird der flüchtige kroatische General Ante Gotovina, gesucht wegen Kriegsverbrechen in 150 Fällen, auf Teneriffa verhaftet und nach Den Haag ausgeliefert.

Die EU eröffnet die mehrmals aufgeschobenen Verhandlungen mit Bosnien-Herzegowina über das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen.

Der Deutsche Christian Schwarz-Schilling wird zum neuen Hohen Repräsentanten in Bosnien-Herzegowina ernannt.

### JANUAR 2006

Am 21. Januar 2006 stirbt in Prishtina der Präsident des Kosovo, Ibrahim Rugova.

### FEBRUAR 2006

Die EU schlägt die Bildung einer Handelsunion für den Balkan (WBFTA) vor.

In Wien beginnen die Verhandlungen zwischen dem offiziellen Belgrad und den politischen Vertretern der albanischen Mehrheit um den völkerrechtlichen Status des Kosovo.

Der Hohe Repräsentant, Christian Schwarz-Schilling übernimmt sein Amt in Sarajevo

Vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag beginnt der Prozess Bosnien-Herzegowina gegen Serbien-Montenegro wegen Völkermords und Aggression

### MÄRZ 2006

Der ehemalige Präsident Serbiens und der Bundesrepublik Jugoslawien Slobodan Milošević stirbt in seiner Gefängniszelle in Den Haag.

### APRIL 2006

Im Parlament Bosnien-Herzegowinas scheitert die Verfassungsänderung.

### MAI 2006

Brüssel setzt die Verhandlungen mit Belgrad über das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen wegen der Nichtauslieferung des wegen Völkermordes in Bosnien-Herzegowina angeklagten General Ratko Mladić aus

Am 21. Mai findet ein Referendum über den künftigen Status Montenegros statt. 55,5% der WählerInnen stimmten für die Unabhängigkeit.

### JUNI 2006

Nach dem erfolgreich durchgeführten Unabhängigkeitsreferendum trennt sich Montenegro von Serbien.

### JULI 2006

in Wien beginnen auf höchster Ebene Statusgespräche zwischen Serbien und dem Kosovo